



Broemme meint

Vielfalt oder einheitliches Format?

(BS) In Österreich wurde entschieden, einheitliche Uniformen zu tragen. Ist das eine gute Idee? Ich bin davon überzeugt, dass das äußere Erscheinungsbild prägt. Es prägt die Mannschaft intern und es prägt die Mannschaft nach außen.

Ich rede nicht von Schutzkleidung – das ist ein anderes Thema –, sondern von Uniformen, mit denen man zu Versammlungen fährt oder mit denen man nach und nach hoffentlich bald überall unentgeltlich den öffentlichen Nahverkehr nutzen kann. Föderalismus hin, Föderalismus her – man kann sich auf eine einheitliche Uniform verständigen. Die muss auch nicht an einem Stichtag eingeführt werden. Man könnte einen längeren Prozess der Veränderung anstoßen. Einheitliche Uniformen bedeuten auch einheitliche Dienstgrade, Kennzeichnungen oder andere Geschichten, was in vielen Fällen der Stabsarbeit nützlich wäre.

Fazit: Einheitliche Uniformen, wie sie in Österreich jetzt eingeführt werden, wäre über die Bundesländer hinweg auch in Deutschland ein sichtbares Zeichen für "Wir stehen zusammen. Wir sind die Feuerwehr."

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Immer häufiger Personalnot im Rettungsdienst

(BS) Warnungen betreffend der Personalsituation bei Rettungsdienst und Feuerwehr häufen sich in Deutschland. So schlug das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Baden-Württemberg Alarm. Es sei eine verschärfte Situation zu verzeichnen. Grund dafür seien die steigenden Corona-Infektionen bei der Belegschaft.

Eine flächendeckende Sicherstellung eines schnellen Rettungsdienstes sei temporär gefährdet. Die gesunden Mitarbeitenden der Rettungsdienste arbeiteten an der Belastungsgrenze. "Die Kolleginnen und Kollegen geben ihr Bestes, verzichten auf Urlaub und übernehmen immer wieder kurzfristig Zusatzschichten. Wir versuchen mit großer Flexibilität und Solidarität Personalengpässe auszugleichen, damit der Betrieb überall weitergehen kann. Aber auch das hat seine Grenzen", erklärte Marcus Schauer, Leiter des Teams Rettungsdienst beim DRK in Baden-Württemberg. Um den Betrieb des Rettungsdienstes zu gewährleisten, greife man zudem auf qualifizierte ehrenamtliche Einsatzkräfte zurück.

Ein weiteres Problem stelle in diesem Zusammenhang die verhängten Aufnahmestopps von Kliniken dar, die aus der ebenfalls angespannten Personalsituation resultieren. "Die Einsatzzeiten verlängern sich, wenn das eigentlich nächste geeignete Krankenhaus nicht aufnahmebereit ist", so Birgit Wiloth-Sacherer, Landesgeschäftsführerin des DRK-Landesverbands Badisches Rotes Kreuz. Erschwerend kämen noch die aktuellen Hitzewellen hinzu und erhöhten das Einsatzaufkommen. Damit sei eine schnelle Rettung nicht immer zu garantieren. Zwar komme im Notfall immer ein Rettungswagen, doch müsse man im Einzelfall mit längeren Wartezeiten rechnen, so Schauer. Mit dem Innenministerium sei eine Regelung



Bundesweit melden Rettungsdienste Personalengpässe.

Foto: BS/markus roider, pixabay.com

getroffen, jedoch sei die Lage nicht entschärft worden.

Probleme auch in Bremen und Berlin

Nach Meldungen aufgrund von überlasteten Rettungsdienststrukturen in Berlin kommen auch aus der Hansestadt Bremen Warnrufe. Nach Medienberichten soll in Bremen die Corona-Pandemie und ein hoher Urlaubsstand zu Personalproblemen führen. Dem widerspricht die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG): "Nach vielen Jahren des Heruntersparens ist die Feuerwehr Bremen jetzt an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeiten gelangt." So würde die Sollstärke von 75 Feuerwehrleuten mit bis zu 27 Kräften unterschritten. Personalengpässe habe es schon länger gegeben. Die zunehmende Belastung im Rettungsdienst, in der Feuerwehr- und Rettungsleitstelle, im Lösch- und Hilfeleistungsdienst, die immer breiter aufgestellten Tätigkeitsfelder in den Abteilungen und Referaten und die zunehmend fehlende Attraktivität des Feuerwehrberufs führe zu einer Überlastung und dem Ausbleiben des Nachwuchses, so die DFeuG. Die Gewerkschaft fordert das transparente Entwickeln eines verbindlichen Planes, um der Personalnot zu begegnen.

Gute Versorgungsqualität bei Reanimationen



Wie steht es um die Versorgung bei einem Herzstillstand in Deutschland? Das Reanimationsregister gibt Antwort.

Foto: BS/succo, pixabay.com

(BS) Das deutsche Reanimationsregister hat seinen Jahresbericht "Außerklinische Reanimation 2021" veröffentlicht. Während die Autorinnen und Autoren den teilnehmenden Rettungs- und Notarzdiensten generell ein gutes Zeugnis bei der Versorgungsqualität ausstellen, weisen sie an anderer Stelle auf Verbesserungspotenziale hin.

Als Grundlage des Berichts dienten die Datensätze von 98 Rettungsdiensten, die für eine Bevölkerung von 29 Millionen Menschen zuständig sind. Insgesamt zählt das Register 16.265 Reanimationsfälle für 2021. Für Gesamtdeutschland habe es demnach 60,4 Reanimationen pro 100.000 Einwohner und Jahr durch Rettungsdienste gegeben. Das Durchschnittsalter der Patienten lag bei knapp 70 Jahren. Rund ein Drittel

war sogar älter als 80 Jahre. Zudem ließ sich auch ein klarer Trend bei der Geschlechterverteilung beobachten. Rund zwei Drittel waren männlich. Über 40 Prozent der Reanimationsmaßnahmen wurden durch Laien eingeleitet. Es ließe sich aus den Zahlen keine befürchtete Zurückhaltung feststellen, so die Autoren. Bei rund 40 Prozent aller Patienten konnte ein spontan wiederhergestellter Spontankreislauf (ROSC) erreicht werden.

Hilfsfristen nicht eingehalten

Als Fazit bescheinigen die Autoren den teilnehmenden Rettungsdiensten insgesamt eine gute Qualität, aber die Autoren bemängeln: "Auch in 2021 dokumentieren die Daten des Reanimationsregisters Abweichungen gegenüber Leitlinien und Empfehlungen. So wird im Bereich der Hilfsfrist die Marke von 80 Prozent für die Erreichung der PatientInnen ab Notrufeingang innerhalb von 8 Minuten verfehlt." Es gebe weiterhin Verbesserungspotenzial im Sinne der aktuellen Leitlinien, was die Bereiche der Atemwegssicherung, des vaskulären Zugangswegs, der Anwendung mechanischer Reanimationsgeräte oder des Temperaturmanagements betrifft.

Der komplette Bericht findet sich [hier](#).

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

(BS) In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit"](#)

8. August:

- Warnung vor Betrug im Internet
- Neue Anlaufstelle bei Hass im Netz online

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 8. August:](#)

- Probleme der deutschen Geparden
- Innovationslabor System Soldat eröffnet

[Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 10. August:](#)

- "Russland ist in unseren Netzen"
- Ransomware: Lösegeldzahlungen bald meldepflichtig?

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC

- Dürfen Beamt*innen politisch tätig sein?

PODCASTS

[Podcast "Public Sector Insider"](#)

9. August:

- Interview mit Manuel Atug (AG KRITIS)

[Podcast "Public Sector Insider - Stichwort" 10. August:](#)

- Nachwuchs vernetzen

DAS E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.

www.f4p.online



Kapazitäten an TLFKS erweitert

(BS) An der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (TLFKS) werden noch in diesem Jahr die Lehrgangskapazitäten in der Brandschutzausbildung stark erhöht. Dies soll durch Neueinstellungen und externe Bildungspartner sowie Dozentinnen und Dozenten erreicht werden. Ziel ist es, den Rückstand durch Baumaßnahmen und die Corona-Pandemie abzubauen.

Kurzfristige Maßnahmen sind u. a. die Schaffung von 40 weiteren Gruppenführerplätzen, 121 weiteren Zugführerplätzen, 80 weiteren Plätzen für Drehleitermaschinisten und mindestens 18 weiteren Plätzen für Gerätewarte. Die Steigerung des Angebots wird zudem durch die Einbindung von Ausbilderinnen und Ausbildern aus den Berufs-



Das Lehrgangsangebot an der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (TLFKS) wird ausgebaut.

Foto: BS/Yinan Chen, pixabay.com

feuerwehren und den Führungskräften aus den Landkreisen ermöglicht.

Perspektivisch soll bis Ende 2023 das Lehrgangsangebot an der TLFKS erweitert wer-

den. Bei den Gruppenführerlehrgängen wird eine Verdreifachung der angebotenen Lehrgangsplätze von 80 auf 270 erwartet. Dies will man vor allem mit externen Dozenten und Weiterqualifikationen des eigenen Personals erreichen.

"Mit der kurzfristigen Kapazitätserhöhung begegnen wir der berechtigten Kritik und sichern den aktuell bestehenden Bedarf nach Lehrgangsplätzen. Darauf wollen wir uns aber nicht ausruhen. Mittel- und langfristig streben wir an, das Platzangebot an der TLFKS weiter deutlich aufzustocken. Unser Ziel ist eine zukunftsfähige Ausbildung an einer modernen und ganzheitlichen Aus- und Fortbildungsstätte", erklärte Georg Maier (SPD), Innenminister Thüringens, zu dem Maßnahmenpaket.



universität
wien

Postgraduate Center

Risikoprävention und Katastrophenmanagement

Short Facts

Abschluss	Master of Science (MSc)
Dauer	4 Semester (berufsbegleitend)
Umfang	90 ECTS
Sprache	Deutsch
Kosten	€ 13.000,-
Start	jährlich im Oktober
Wissenschaftliche Leitung	Univ.-Prof. Dr. Thomas Glade



Jetzt
anmelden!

Jetzt bewerben und im Herbst durchstarten:
Wenige Studienplätze noch verfügbar.



In Kooperation mit



www.postgraduatecenter.at/oerisk

Abwasseranalyse von Corona fortgesetzt

(BS) Ein Pilotprojekt zum Corona-Screening von Abwasser des sachsen-anhaltischen Landesamtes für Umweltschutz (LAU) wird ausgeweitet. Das Projekt, das seit März 2021 läuft, soll nun auf zwölf statt wie bisher vier Klärwerkstandorte erweitert werden. Bei diesen Standorten werden wöchentlich Proben genommen und auf das Corona-Virus untersucht. Damit soll das Infektionsgeschehen besser eingeschätzt werden.



Ein Projekt zum Nachweis von Corona-Viren im Abwasser wird in Sachsen-Anhalt erweitert.

Foto: BS/Michal Jarmoluk, pixabay.com

Bisherige Ergebnisse des Projekts hätten gezeigt, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen Inzidenzzahlen und den im Abwasser nachgewiesenen Corona-Genom-Fragmenten bestehe. Die Methode funktioniert unabhängig von der Teststrategie und der Testbereitschaft der Bevölkerung. Sie erfasse zudem auch asymptomatisch Infizierte und jene, die sich nicht testen wollten. Bei Bedarf könnten auch die Anteile aller bekannten Corona-Varianten bestimmt werden. Auch abseits der Corona-Viren ließe sich das Verfahren bei anderen Krankheitserregern nutzen.

LAU-Virologin Dr. Svetlana Rot schränkt jedoch ein, dass sich das Verfahren nicht für weitreichende Vorhersagen eignen würde. "Bei der Delta-Variante hatten wir einen Vorlauf von etwa einer Woche, bis auch die offiziellen RKI-Zahlen stiegen. Bei Omikron ist der Vorlauf auf drei bis vier Tage geschrumpft", so Rot. Hauptgrund hierfür sei die geringere Inkubationszeit.

Ebenso ließe sich keine genaue Anzahl der Infektionen in den jeweiligen Stadtgebieten ermitteln. Dennoch erkenne man Trends und Hotspots schnell und sicher.

"Das Abwasser-Screening wird die klinischen Tests zwar nicht komplett ersetzen können. Es hilft aber dabei, die Dunkelziffer einzuordnen und zu verringern. Denn auch wenn weniger Menschen sich testen, erzeugen sie ja trotzdem weiterhin Abwasser. Das macht die Daten aus unseren Klärwerken zu einem wertvollen, ergänzenden Instrument im Pandemiemanagement", sagt der Umweltminister Sachsen-Anhalts Prof. Dr. Armin Willingmann (SPD).

Entwarnung können die Verantwortlichen des Projekts zudem in einem Punkt geben: Wenn das Wasser die Kläranlagen verlässt, seien keinerlei Corona-Viren mehr darin enthalten. Auch dies konnte in dem Pilotprojekt nachgewiesen werden.



NLBK unterstützt Organisationen

(BS) Das Niedersächsische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) hat Förderbescheide in Höhe von einer Million Euro an die Landesverbände des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), des Malteser Hilfsdienstes (MHD) und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) übergeben. Das Geld stammt aus dem Ad-hoc-Paket zur Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes in Niedersachsen.

Bis 2024 soll der bisherige jährliche Mittelansatz von 436.000 Euro um jeweils eine Million Euro verstärkt werden. Dadurch will das Innenministerium in Hannover die Ausstattung und die Ausbildung der Verbände unterstützen und verbessern. Die Landesverbände erhalten konkret für dieses und die beiden kommenden Jahre jährlich: 510.000 Euro (DRK), 122.500 Euro (ASB), 122.500 Euro (JUH), 122.500 Euro (MHD) und 122.500 Euro (DLRG). Mirko Temmler, Präsident des NLBK, sagte dazu: "In den Hochzeiten der Pandemie mussten viele praktische Ausbildungen und Übungen wie zum Beispiel LKW-Führerschein, Speziallehrgänge und Katastrophenschutzübungen zu Gunsten der Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit zurückgestellt werden. Dies gilt es nun nicht nur nachzuholen, sondern mit den geplanten Maßnahmen die Fläche deutlich zu stärken."

DATENBLATT

DolMo SIM

Übungsset zur Simulation von Gamma-Dosis und Dosisleistung

Die neuen Trainingsgeräte DolMo SIM (Dosis- und Dosisleistungsmessgerät) und CoMo-170 SIM (Kontaminationsnachweisgerät) ermöglichen die praxisorientierte Ausbildung von Strahlenschützern und First Respondern. Die technisch modifizierten Geräte reagieren auf Funkwellen (DolMo SIM) bzw. auf Magnetfelder (CoMo SIM) und können somit auch ohne radioaktive Quellen für Übungszenarien genutzt werden.

Vorteile

- Realistische Messwertdarstellung
- Darstellung von großflächigen Kontaminationen (CoMo SIM) oder großen Flächen mit erhöhter Dosisleistung (DolMo SIM)
- Keine radioaktiven Quellen notwendig
- Übungen im fiktiven mSv Bereich ohne reale Dosisbelastung
- Keine Umzugsgenehmigung erforderlich
- Kein Transport von radioaktiven Quellen

Eckdaten

96,4 mSv/h
 ↳ Max. Dosisleistungsbereich DolMo SIM

>3 Gamma
 ↳ Trainingsquellen für den DolMo SIM nutzbar

>40 Meter
 ↳ Reichweite der DolMo SIM Funkquelle

instruments@nuviatech.com
nuviatech-instruments.com
1/3
Supporting your energy

A400M als Feuerlöschflugzeug

(BS) Die A400M erhält Feuerlöschfähigkeiten. Angesichts regelmäßig wiederkehrender Brände in vielen A400M-Nutzerstaaten bietet sich die Nutzung des militärischen Transportflugzeugs zur Brandbekämpfung ebenso an, wie die der Transporthubschrauber. Dementsprechend testete Airbus in Spanien eine austauschbare Feuerlöschrüstung für die A400M, mit Erfolg. Die Tests fanden bei Tageslicht statt und umfassten Tiefflüge bis zu 150 Fuß, niedrige Fluggeschwindigkeiten bis zu 125 Knoten und Abwürfe von bis zu 20 Tonnen Wasser aus dem aktuellen Tank in weniger als zehn Sekunden. Ziel der Flüge war es, die Wasserabwurfmenge und -zeit sowie die Fähigkeit der A400M für diese neue Rolle zu validieren.

Der Prototyp wurde in enger Zusammenarbeit mit dem spanischen Luftwaffengeschwader 43, den europäischen Brandschutzbehörden und dem spanischen Ministerium für Ökologischen Wandel und Demografie (MITECO) entwickelt und getestet. Bei der Airbus-Feuerlöschlösung für die A400M handelt es sich um ein sogenanntes Roll-on/Roll-off-Kit (RORO), das keine Änderungen am Flugzeug erfordert und sich daher in jeder A400M einsetzen lässt. Das Wasser befindet sich in einem festen Tank im Laderaum und wird von zwei voneinander unabhängigen Türen zurückgehalten. Diese sind mit zwei Flutrohren verbunden, sodass das Wasser bei Aktivierung der Ableitung durch zwei Abschnitte am Ende der Rampe ausgestoßen wird. Mit der neuen RORO-Lösung können Einsatzkräfte schnell auf unvorhergesehene Brände reagieren und das Flugzeug danach wieder für andere Einsätze umrüsten.

Da die A400M sehr tief fliegen kann und auch bei niedrigen Geschwindigkeiten wendig ist, kann



Das Kit zur Feuerlöschung erfordert keine Änderungen am Flugzeug.

Foto: BS/Airbus

sie Wasser aus bis zu 150 Fuß präzise abwerfen. In Zukunft wird Airbus neben der Entwicklung der Serienversion dieses Kits auch den Einsatz bei Nacht analysieren, um die Effizienz und Wirksamkeit von Brandbekämpfungseinsätzen weiter zu steigern. Michael Schöllhorn, CEO von Airbus Defence and Space, sagte: "Wir sind überzeugt, dass die A400M eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die immer größer werdende Bedrohung durch Waldbrände spielen und zum Schutz von Umwelt und Infrastruktur beitragen kann."

Unterstützung in Nds

(BS) Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhalten 28 niedersächsische Kommunen Unterstützung bei Investitionen im Brandschutz. Diese Kommunen erhalten vom niedersächsischen Innenministerium Bedarfszuweisungen in Höhe von 16 Millionen Euro.

Gefördert werden im aktuellen Verfahren wichtige Investitionen in den Bereichen Brandschutz und Hilfeleistungen. Dazu gehören, neben Baumaßnahmen an Feuerwehrgebäuden, die Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen sowie Brandschutzmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen. Diese Investitionen konnten in den vergangenen Jahren nicht im wünschenswerten Umfang durchgeführt werden. "Die furchtbaren Brände in der Sächsischen Schweiz oder auch der vor Kurzem gelöschte Moorbrand im Landkreis Gifhorn zeigen uns noch einmal ganz deutlich: Dem Brandschutz kommt eine überragende gesellschaftliche Bedeutung zu. Deshalb unterstützen wir auch in diesem Jahr die finanzschwächsten Kommunen mit den Bedarfszuweisungen im Bereich des Brandschutzes, so Innenminister Boris Pistorius (SPD).

Digitaler Katastrophenschutzkongress 2022

Der Weg zur resilienten Gesellschaft

14. und 15. November 2022

www.katastrophenschutzkongress.de **Behörden Spiegel**

SAVE THE DATE

Amtshilfe bei Waldbränden in Deutschland

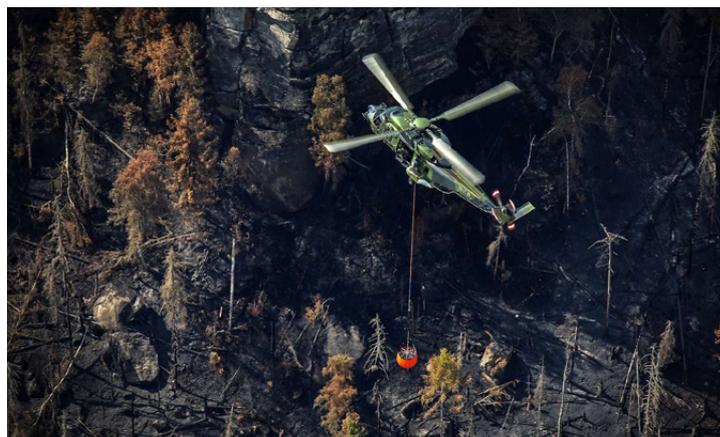
(BS) Abermals sind Kräfte der Bundeswehr bei einer Katastrophe innerhalb Deutschlands gefordert. Seit mehreren Wochen unterstützen die Hubschrauber der Division Schnelle Kräfte (DSK) bei der Waldbrandbekämpfung.

Mit bis zu 13 Hubschraubern gleichzeitig warfen die Pilotinnen und Piloten der DSK über 1,8 Millionen Liter Wasser ab. Aufgabenschwerpunkt bildet zurzeit die Sächsische Schweiz. Dort sind momentan bis zu fünf leichte Transporthubschrauber NHNATO-Helicopter-90 sowie einem Such- und Rettungshubschrauber H145 im Einsatz. Die Transporthubschrauber sind mit sogenannten Bambi Buckets, Löschwasserbehälter mit einem Fassungsvermögen von 2.000 Litern, ausgestattet. Der Such- und Rettungshubschrauber liefert mit seiner Wärmebildkamera Informationen zu Glutnestern und koordiniert als mobile Führungszentrale den Löscheinsatz.

Der Einsatz gestaltet sich jedoch schwierig. Die langanhaltende Trockenheit be-

günstigen die Vegetationsbrände enorm. Zudem hat die Elbe als naheliegender Löschwasserspeicher derzeit einen sehr niedrigen Pegelstand. Die mittleren Transporthubschrauber, die ebenfalls den Löscheinsatz unterstützen, können mit ihren größeren Löschwasserbehältern dort kein Wasser mehr aufnehmen. Deshalb werden dort leichte Transporthubschrauber mit ihren kleineren Löschwasserbehältern eingesetzt. Insgesamt kommen die eingesetzten Hubschrauber bis jetzt auf über 300 Flugstunden mit mehr als 900 Umläufen.

"Die Brandbekämpfung läuft bisher den



Es waren in Deutschland bis zu 13 Hubschrauber der Bundeswehr bei der Waldbrandbekämpfung im Einsatz.

Foto: BS/Bundeswehr/Anne Weinrich

Umständen entsprechend gut. Im Landkreis Elbe-Elster konnten unsere Hubschrauber wieder abrücken und lokale Kräfte kümmern sich um die restlichen Glutnester", erklärte der Kommandeur der DSK, Generalmajor Dirk Faust, zum Einsatz. Man stelle sich auf einen längeren Einsatz ein.

BKG stellt Waldbrandatlas zur Verfügung

(BS/Dr. Marlene Etschmann*) Für alle Bundesbehörden und Blaulichtorganisationen gibt es den digitalen Waldbrandatlas des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Mit allen Informationen zur Brandbekämpfung: Wasserreservoirs, Heli-Landeplätze, Rettungspunkte, militärische

Altlasten, Regenvorhersagen und aktuellen Satellitenbildern. Jetzt anmelden unter www.bkg.bund.de/waldbrandatlas oder über den QR-Code

*Dr. Marlene Etschmann ist beim Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) tätig.



Zukunft – Stadt und Region

Eine Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Glühwein sicher genießen
Weihnachtsmärkte 2022

8.9.2022, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Komplette Anerkennung von Krebs als Ziel

(BS) Für die komplette Anerkennung von Krebs als Berufskrankheit setzt sich Marcus Bätge, Feuerwehrmann und Geschäftsführer von FeuerKrebs, schon seit längerem ein. Mit der neuen Einstufung der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist er einen Schritt weiter. Die Fragen stellte Bennet Klawon.

Behörden Spiegel: *Wie ist die Situation der Anerkennung von Krebserkrankungen?*

Marcus Bätge: Es hat sich generell etwas beim Thema Krebsprävention im Feuerwehrdienst getan. D. h., wir haben eine große Aufmerksamkeit, was das Thema Einsatzhygiene betrifft.

Die Feuerwehren denken darüber nach, was sie tun können, und ändern ihre Arbeitsweisen. Darunter fällt beispielsweise die Umsetzung einer nachhaltigen Schwarz/Weiß-Trennung. Dabei entkleiden sich die Einsatzkräfte nach dem Brandereignis entsprechend, packen das Equipment in Plastikbeutel und ziehen saubere, extra vorgehaltene Wechselwäsche an. Es wird mit dem Thema anders umgegangen. Im Bereich der Anerkennung haben wir leider noch keine Fortschritte verzeichnen können.

Behörden Spiegel: *Wo ist die Politik am dringendsten gefordert?*

Bätge: In der Kommunalpolitik ist es immer noch ein Manko, dass die Gelder eher für Freizeitangebote wie Schwimmbäder oder Spielplätze in der Gemeinde eingesetzt werden. Nachsehen haben dabei meistens die örtlichen Feuerwehren. Diese Gelder fließen dann nicht in neue Ausrüstung, Gerätehäuser, Fahrzeuge und eben auch nicht in Hygienemobile oder -anhänger. Das ist immer noch ein Problem. Dabei wird immer gesagt: "Für diese zwei, drei Feuer im Jahr braucht ihr ja keine Schutzkleidung für Tausende von Euros." Die komplette Anerkennung von Krebs als Berufskrankheit ist unser größtes Ziel. Dafür müssen sich jedoch einige Dinge ändern.

Behörden Spiegel: *Was muss aus der neuen Einstufung der IARC folgen?*

Bätge: Mit Veröffentlichung der Einstufung durch die IARC in die Kategorie 1A (Stoffe, die auf den Menschen bekanntermaßen karzinogen wirken), wird der Kausalzusammenhang zwischen der Exposition gegenüber Stoffen und der Entstehung von Krebs, bei Tätigkeiten von Feuerwehreinsatzkräften als "ausreichend nachgewiesen" bestätigt. Hier hat der Arbeitgeber künftig eine besondere Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern. Er hat ein geeignetes, risikobezogenes Maßnahmenkonzept anzuwenden, um das Minimierungsgebot umzusetzen. Hierbei sind die bekannt gegebenen Regeln, Erkenntnisse und Beurteilungsmaßstäbe zu berücksichtigen.

Ein Arbeitsplatzgrenzwert, wie er in der Gefahrstoffverordnung durch den Ausschuss für Gefahrstoffe festzulegen ist, kann gerade für das Milieu, in dem sich unsere Einsatzkräfte aufhalten, nicht oder nur sehr schwer festgelegt werden. Zudem ist es nicht nur das Brandfolgeprodukt, welches das Gremium der IARC dazu bewegt hat, die Tätigkeit der Feuerwehrleute entsprechend einzustufen. Hinzu kommen Nachtschichtarbeit (unterbrochener Schlaf), im Feuerwehrdienst eingesetzte Betriebsstoffe (PFAS- Imprägnierungsmittel zur Abweisung von Wasser oder auch PTFE bei Beschichtungen), Dieselpartikel, die physiologische und psychische Belastung durch den Job oder auch die Gefahr von ansteckenden Krankheiten, die krebserregend/-fördernd



Marcus Bätge ist Feuerwehrmann bei der Feuerwehr Hamburg und Geschäftsführer von FeuerKrebs gUG.

Foto: BS/Klawon

sind. All das muss selbstverständlich erst noch von hiesigen wissenschaftlichen Mitarbeitern bewertet und anhand der 1.250 Seiten der Monografie Vol. 132 durchgearbeitet werden. Dies kann durchaus hilfreich sein, wenn es um die Neubewertung von Berufskrankheiten und die Aufnahme in den BK-Katalog geht.



Die vollständige Fassung des Interviews lesen Sie in der aktuellen Behörden Spiegel-Ausgabe auf Seite 21.

Jeden Dienstag neu
Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast

PUBLIC SECTOR INSIDER

Der Podcast des
Behörden Spiegel

Einheitliche Uniform in Österreich

(BS) Premiere in Österreich: Erstmals haben sich alle Berufsfeuerwehren bei Deutschlands südlichem Nachbar auf eine gemeinsame Uniform geeinigt. Zukünftig wird die Beschaffung der Dienst-, Einsatz- und Repräsentationsbekleidung gemeinsam bewerkstelligt. Vorangegangen war das Projekt "Österreichweites einheitliches Auftreten der Berufsfeuerwehren".

Mit einer gemeinsam abgestimmten Uniform werden mehrere Ziele verfolgt.

Zum einen will man durch das einheitliche Auftreten nach außen ein Corporate Design erzielen sowie eine gemeinsame Beschaffung gemäß des Bundesvergabegesetzes erreichen. Dadurch verkürzt man die Lieferzeiten aufgrund von Vorratshaltungen bei den Unternehmen und erhält eine bessere Preisgestaltung aufgrund eines erhöhten Auftragsvolumen. Zudem ergibt sich ein weiterer vergaberechtlicher Vorteil: Die Leistungsbeschreibung muss nur einmal erstellt werden. Davon profitieren alle



Durch eine einheitliche Uniform erhofft sich der Österreichische Bundesfeuerwehrverband (ÖBFV) Synergieeffekte bei der Beschaffung.

Fotos: BS/ÖBFV

Anschließend wurde eine Ausschreibung über die Kleidung sowie einen Reinigungs- und Reparaturservice erstellt.

In Zusammenarbeit mit der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) wurden 47 Positionen in 23 Los zusammengefasst. Der Wert bei der vierjährigen Rahmenvereinbarung liegt bei rund neun Millionen

Euro. Damit die beschaffenden Stellen der Feuerwehren problemlos die Bekleidung bestellen können, wurde der e-Shop der BBG entsprechend angepasst. Nur die sechs Berufsfeuerwehren können auf die Bekleidung zugreifen.

In einer Stellungnahme schreibt der Österreichische Bundesfeuerwehrverband (ÖBFV): "Das Projekt kann durchaus als "Leuchtturm-Projekt" verstanden werden und könnte als Vorbild dienen, um auch künftig in anderen Bereichen Synergien im Beschaffungsprozess und im Auftreten zu nutzen bzw. einheitlicher zu gestalten."

Die neue Uniform umfasst Dienst-, Einsatz- und Repräsentationsbekleidung. Alle Teile sind in dunkelblau gehalten. Es wurde zudem ein einheitliches und markenrechtlich geschütztes Logo entworfen, welches im Sinne eines Corporate Design die Zugehörigkeit zur Gruppe der Berufsfeuerwehr zum Ausdruck bringt. Sämtliche Bekleidungsstücke tragen künftig dieses Hoheitszeichen.

Das Projekt kann durchaus als "Leuchtturm-Projekt" verstanden werden und könnte als Vorbild dienen, um auch künftig in anderen Bereichen Synergien im Beschaffungsprozess und im Auftreten zu nutzen bzw. einheitlicher zu gestalten."

BOS

Beschaffungertage 2022

8. – 9. November 2022 | Bonn



Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Fachliche Leitung

MAYBURG
Kaufmann für Beschaffung
WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT WIEN

Themen u.a.:

- Innovative Beschaffungen im BOS-Umfeld
- Das öffentliche Preisrecht
- Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Beschaffung und Nutzung von Drohnen
- Notwendige Fähigkeiten von Einsatzfahrzeugen im Geländebetrieb
- Unfallursachen bei Feuerwehrfahrzeugen
- Anforderungserhebung bei BOS-Beschaffungen
- Bedarfsermittlung: Wechselladerfahrzeuge vs. Sonderfahrzeuge
- Aktuelle Rechtsprechung
- Beschaffung von Bodycams
- Vergaberecht und Zuwendungen

Weitere Informationen sowie Online-Anmeldemöglichkeit unter: www.bos-beschaffungertage.de

Zahl der Ertrunkenen steigt an

(BS) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat eine Zwischenbilanz für die ersten sieben Monate des Jahres gezogen. Demnach sind bereits 199 Menschen in diesem Jahr ertrunken. Das sind 15 Personen mehr als letztes Jahr zu diesem Zeitpunkt. Ursache dafür ist u. a. wohl das warme Wetter, das schon im Mai begann, wo der größte Anstieg an Ertrunkenen zu verzeichnen ist (30 statt elf wie im Vorjahr).

"Der trockene und sehr warme Mai hat viele Menschen direkt zu Wassersport und Erholung an die Gewässer gelockt. Dabei kam es vermehrt zu Unfällen in den noch kühlen Gewässern", erklärte die Präsidentin der DLRG, Ute Vogt.

Die meisten dieser Unfälle (90 Prozent) ereignen sich dabei nach wie vor in den unbeaufsichtigten Binnengewässern wie Flüssen oder Seen. Die meisten der Verunglückten deutschlandweit waren über 50 Jahre alt (87). Es kamen jedoch auch zehn Kinder

im Alter von unter zehn ums Leben. Eine positive Entwicklung lässt sich jedoch bei den Zahlen der Ertrunkenen in Nord- und Ostsee feststellen. Hier kamen bisher 75 Prozent weniger Leute ums Leben als im Vorjahr. Die DLRG führt diese Entwicklung u. a. auf die Anwesenheit von Rettungsschwimmern an vielen Stränden an sieben Tagen die Woche zurück.

Jedoch gibt es auch an dieser Stelle schlechte Neuigkeiten vom DLRG. Da während der Pandemie nur etwa halb so viele Rettungsschwimmer wie sonst üblich ausgebildet wurden, wird es immer schwieriger



Besonders unbeaufsichtigte Binnengewässer stellen einen Gefahrenort für Schwimmer dar.

Foto: BS/DiveBalu, pixabay.com

Rettungsschwimmerposten zu besetzen. Im Zusammenhang mit der ebenfalls gesunkenen Anzahl an Kindern, die das Schwimmen während der Pandemie gelernt haben, könnte das Problem noch größer werden.

ONLINE-CRASHKURS: Allgemeines Verwaltungsrecht für Nicht-Juristen

Kompakter Überblick für Neu- und Quereinsteiger

Behörden Spiegel

Aus der Praxis für die Praxis
Kompetenz für Fach- und Führungskräfte

Dieser Online-Crashkurs soll kompakt Grundkenntnisse im öffentlichen Recht mit Bezugnahme zur alltäglichen Arbeit in der Verwaltung vermitteln. Die Teilnehmenden erwerben anhand von Fallbeispielen und Übersichten Wissen zu den grundsätzlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und deren Einbettung in das Rechtssystem. Sie erwerben Kenntnisse zu zentralen Fragen im Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren unter Bezugnahme zur praktischen Arbeit in einer Behörde. Sie erhalten einen Überblick zu den wesentlichen Grundzügen eines Verwaltungsverfahrens unter Berücksichtigung der Rechte aller Beteiligten. Die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer werden den Verwaltungsakt als wichtiges öffentlich-rechtliches Handlungsinstrument und dessen Wirksamkeitsvoraussetzungen kennenlernen. Und sie werden den Handlungsspielraum einer pflichtgemäßen Ermessensentscheidung verstehen lernen.

THEMENÜBERBLICK, 28. August 2022, 09:00-16:00 Uhr:

- Aufgaben der öffentlichen Verwaltung
- Aufbau der Bundesverwaltung – Träger öffentlicher Gewalt
- Abgrenzung Öffentliches Recht-Privatrecht
- Standort VwVfG im Öffentlichen Recht – allgemeines/besonderes Verwaltungsrecht
- Verwaltungsverfahren/Rolle der Beteiligten am Verwaltungsverfahren
- Handlungsform der öffentlichen Verwaltung – der Verwaltungsakt
- Wirksamkeit von Verwaltungsakten
- Nebenbestimmungen
- Widerruf/Rücknahme von Verwaltungsakten
- Ermessen/Pflichtgemäße
- Ermessensentscheidung

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchworte „Crashkurs“



Foto: Michael Stiller, stock.adobe.com

WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

20. September 2022, 09:00-16:30 Uhr

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehr“

Falls die Veranstaltungen aufgrund der Pandemielage nicht vor Ort durchgeführt werden können, bieten wir die Inhalte in Rücksprache mit den Teilnehmenden am selben Tag virtuell an.

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Klawon. Redaktion: Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.